

# Hansestadt Rostock

## Bürgerschaft

### Einladung

---

#### **Sitzung des Ausschusses für Stadt- und Regionalentwicklung, Umwelt und Ordnung**

**Sitzungstermin:** Donnerstag, 01.06.2017, 17:00 Uhr

**Raum, Ort:** Beratungsraum 1b, Rathausanbau, Neuer Markt 1, 18055 Rostock

---

#### **Tagesordnung**

##### Öffentlicher Teil

- 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung, der Anwesenheit und der Beschlussfähigkeit
- 2 Änderung der Tagesordnung
- 3 Genehmigung der Niederschrift der Sitzung vom 18.05.2017
- 4 Anträge
  - 4.1 Vorsitzende der Fraktionen DIE LINKE., CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und Rostocker Bund/Graue/Aufbruch 09 Förderung von Elektrobussen in Rostock **2017/AN/2750**
  - 4.2 Daniel Peters (für die CDU-Fraktion) Bewerbung der Hansestadt Rostock um die Ausrichtung der BUGA 2025 **2017/AN/2766**
- 5 Verschiedenes
  - 5.1 Vorschläge für einen Antrag zur frühzeitigen Einbeziehung der Feuerwehr in die Planung von Straßenbauprojekten
  - 5.2 Sachstand Vertrag mit dem Wagenplatz e.V.
  - 5.3 Information zum Stand des Themas Stadttauben
  - 5.4 Bebauung der Baufelder Rosengarten
  - 5.5 Informationen
- 6 Schließen der Sitzung

Andreas Engelmann  
Ausschussvorsitzender

---

## **Sitzung des Ausschusses für Stadt- und Regionalentwicklung, Umwelt und Ordnung**

**Sitzungstermin:** Donnerstag, 01.06.2017, 17:00 Uhr

**Raum, Ort:** Beratungsraum 1b, Rathausanbau, Neuer Markt 1, 18055 Rostock

---

## **Nachtragstagesordnung**

### Öffentlicher Teil

- 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung, der Anwesenheit und der Beschlussfähigkeit
- 2 Änderung der Tagesordnung
- 3 Genehmigung der Niederschrift der Sitzung vom 18.05.2017
- 4 Anträge
  - 4.1 Werner Simowitsch (für den Ortsbeirat Stadtmitte) **2017/DA/2730**  
"Bebauung des Baufeldes Rosengarten"
  - 4.1.1 Werner Simowitsch (für den Ortsbeirat Stadtmitte) **2017/DA/2730-03 (ÄA)**  
"Bebauung des Baufeldes Rosengarten"
  - 4.2 Werner Simowitsch (für den Ortsbeirat Stadtmitte) **2017/AN/2763**  
Geeignete Rahmenbedingungen für das Archäologische Landesmuseum schaffen
  - 4.3 Vorsitzende der Fraktionen DIE LINKE., CDU, BÜNDNIS **2017/AN/2750**  
90/DIE GRÜNEN und Rostocker Bund/Graue/Aufbruch 09  
Förderung von Elektrobussen in Rostock
  - 4.4 Daniel Peters (für die CDU-Fraktion) **2017/AN/2766**  
Bewerbung der Hansestadt Rostock um die Ausrichtung der  
BUGA 2025
- 5 Verschiedenes
  - 5.1 Vorschläge für einen Antrag zur frühzeitigen Einbeziehung der  
Feuerwehr in die Planung von Straßenbauprojekten
  - 5.2 Sachstand Vertrag mit dem Wagenplatz e.V.
  - 5.3 Information zum Stand des Themas Stadttauben
  - 5.4 Bebauung der Baufelder Rosengarten
  - 5.5 Informationen
- 6 Schließen der Sitzung

Andreas Engelmann  
Ausschussvorsitzender

<b>Dringlichkeitsantrag</b>	Datum: 02.05.2017
Entscheidendes Gremium: <b>Bürgerschaft</b>	
<b>Werner Simowitsch (für den Ortsbeirat Stadtmitte)</b> <b>"Bebauung des Baufeldes Rosengarten"</b>	
Beratungsfolge:	
Datum	Gremium
04.05.2017	Kulturausschuss
04.05.2017	Ausschuss für Stadt- und Regionalentwicklung, Umwelt und Ordnung
10.05.2017	Bürgerschaft
	Zuständigkeit
	Vorberatung
	Vorberatung
	Entscheidung

**Beschlussvorschlag:**

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, Verhandlungen zum Verkauf von Grundstücken des Baufeldes Rosengarten sofort zu stoppen. Die Planungen für die Bebauung sind erst fortzusetzen, wenn der Flächenbedarf für das Archäologische Landesmuseum durch Planungsdokumente des Landes belegt ist. Der dann verbleibende Teil des Baufeldes ist für wichtige, stadtbildprägende öffentliche Nutzungen vorzuhalten. Der Ortsbeirat Stadtmitte, die zuständigen Ausschüsse der Bürgerschaft, der Planungs- und Gestaltungsbeirat und die Bürger der Hansestadt sind in die weiteren Planungen einzubeziehen.

**Sachverhalt:**

Alle in die bisherigen Planungen einbezogenen Ämter, die RGS, der Planungs- und Gestaltungsbeirat und der Ortsbeirat Stadtmitte kamen in der Vergangenheit zu dem Schluss, dass eine Wohnbebauung an diesem Standort zwar möglich, aber aus vielerlei Sicht problematisch ist. Einer öffentlichen Bebauung wurde von allen der Vorzug gegeben. Ab April 2016 wurde dieser Standpunkt von der Verwaltung verlassen und Wohnungsbau, bei dem der Flächenbedarf für das Archäologische Landesmuseums Berücksichtigung finden soll, als Vorzugsvariante beschlossen. Dieser Plan wurde seither bis zu Verhandlungen über Grundstücksverkäufe an genossenschaftliche Wohnungsunternehmen der Stadt weiterverfolgt.

Der Ortsbeirat erhielt am 19.04.2017 Kenntnis von dieser Entwicklung. Er bleibt einstimmig bei seiner Vorzugsvariante - „Öffentliche Bebauung“ - und bittet die Bürgerschaft den vorliegenden Antrag zu unterstützen. Das Abwarten bisher nicht vorliegender, gesicherter Flächenbedarfe für das Museum hält der Beirat für selbstverständlich. Wir plädieren außerdem für eine stärkere Einbeziehung der Bürgerschaft und der Rostocker Bürger in den Planungsprozess.

Die bis Anfang April 2016 geltende Vorzugsvariante wird in Auszügen aus offiziellen Dokumenten belegt und begründet.

Der Planungs- und Gestaltungsbeirat kommt am 11.09.2015 zu dem Schluss:

*„Vielmehr sollte nach verträglichen (öffentlichen) Nutzungen gesucht werden, die in eine möglichst geschlossene, aber baulich strukturierte Straßenrandbebauung integrierbar ist. Es ist besser, auf geeignete Nutzungen zu warten, als das Grundstück jetzt falsch zu bebauen.“*

Das Amt für Kultur und Denkmalsschutz schrieb:

*„Grundsätzlich sollte aus Sicht der Denkmalpflege die in der Ämterrunde am 6.4.2016 unter den Ämtern der Stadtverwaltung vorgeschlagene Vorzugsvariante Priorität haben: das Vorhalten des gesamten Baufeldes dieser Filetfläche in der Rostocker Innenstadt für wichtige, stadtbildprägende öffentliche Bauten und Nutzungen, auch wenn Ideen und Realisierung erst in den kommenden Jahren oder vielmehr auch erst Jahrzehnten entwickelt werden.*

*Es muss betont werden, dass diese Flächen eine der letzten innerstädtischen Baufelder in öffentlicher Hand sind. Selbst wenn unsere Generation keine Visionen für öffentliche Nutzungen als auch potentielle stadtbildprägende Architekturen vorrätig hat, sollte diese Chance auf dieser auch aus denkmalpflegerischer Sicht einzigartigen Fläche der Innenstadt nicht verbaut werden.“*

Auch die RGS zog im April 2016 das Fazit:

*„Sowohl in den Auswertungen mit den Architekten, den Ämtern, dem Ortsbeirat und insbesondere dem Gestaltungsbeirat wurde wegen der besonderen Lage und Bedeutung der Fläche empfohlen, den Bedarf an Flächen für den Gemeinbedarf, für Einrichtungen der Stadt, des Landes oder der Universität oder vergleichbarer Institutionen und die Eignung der Fläche dafür noch einmal zu untersuchen bzw. die Fläche für solche Nutzungen als Reservefläche zu bewahren.“*

Der Ortsbeirat ist der Meinung, dass bis zum Beginn der Bebauung zahlreiche Möglichkeiten einer temporären Nutzung des Baufeldes existieren, die in Abhängigkeit von der tatsächlichen Stadtentwicklung variieren könnten.

Bei den Möglichkeiten einer öffentlichen Nutzung der Restfläche sollten neben Objekten des Landes auch die ungeklärten Bedarfe des Museumskonzeptes der Stadt und der wachsende Bedarf an Schulen, infolge des erhofften Bevölkerungszuwachses, in Betracht gezogen werden.

### **Finanzielle Auswirkungen:**

keine Auswirkungen

gez. Werner Simowitsch  
Ortsbeiratsvorsitzender Stadtmitte

<b>Änderungsantrag</b>  Entscheidendes Gremium: <b>Bürgerschaft</b>  Ersteller: Ortsamt Mitte  Beteiligt: Büro des Präsidenten der Bürgerschaft Sitzungsdienst	Datum: 18.05.2017															
<b>Werner Simowitsch (für den Ortsbeirat Stadtmitte)</b> <b>"Bebauung des Baufeldes Rosengarten"</b>																
Beratungsfolge: <table border="1"> <thead> <tr> <th>Datum</th> <th>Gremium</th> <th>Zuständigkeit</th> </tr> </thead> <tbody> <tr> <td>01.06.2017</td> <td>Ausschuss für Stadt- und Regionalentwicklung, Umwelt und Ordnung</td> <td></td> </tr> <tr> <td></td> <td>Vorberatung</td> <td></td> </tr> <tr> <td>13.06.2017</td> <td>Bau- und Planungsausschuss</td> <td>Vorberatung</td> </tr> <tr> <td>14.06.2017</td> <td>Bürgerschaft</td> <td>Entscheidung</td> </tr> </tbody> </table>		Datum	Gremium	Zuständigkeit	01.06.2017	Ausschuss für Stadt- und Regionalentwicklung, Umwelt und Ordnung			Vorberatung		13.06.2017	Bau- und Planungsausschuss	Vorberatung	14.06.2017	Bürgerschaft	Entscheidung
Datum	Gremium	Zuständigkeit														
01.06.2017	Ausschuss für Stadt- und Regionalentwicklung, Umwelt und Ordnung															
	Vorberatung															
13.06.2017	Bau- und Planungsausschuss	Vorberatung														
14.06.2017	Bürgerschaft	Entscheidung														

**Beschlussvorschlag:****Der zweite bis vierte Satz des Antrages sind zu ersetzen durch:**

Die Planungen für die Bebauung sind erst fortzusetzen, wenn über den Standort und den Flächenbedarf für das Archäologische Landesmuseum durch Planungsdokumente des Landes endgültig entschieden wurde. Der dann verbleibende Teil des Baufeldes soll in erster Linie für stadtbildprägende öffentliche Nutzungen vorgehalten werden. Neben dem Ortsbeirat Stadtmitte sind in die weiteren Planungen der Ausschuss für Stadt- und Regionalentwicklung, Umwelt und Ordnung, der Bau- und Planungsausschuss, der Planungs- und Gestaltungsbeirat und die Bürger der Hansestadt einzubeziehen.

Werner Simowitsch  
 Ortsbeiratsvorsitzender Stadtmitte

<b>Antrag</b>	Datum: 17.05.2017
Entscheidendes Gremium: <b>Bürgerschaft</b>	
<b>Werner Simowitsch (für den Ortsbeirat Stadtmitte)</b> <b>Geeignete Rahmenbedingungen für das Archäologische Landesmuseum schaffen</b>	
Beratungsfolge:	
Datum	Gremium
01.06.2017	Ausschuss für Stadt- und Regionalentwicklung, Umwelt und Ordnung Vorberatung
13.06.2017	Bau- und Planungsausschuss
28.06.2017	Ausschuss für Wirtschaft und Tourismus
29.06.2017	Kulturausschuss
12.07.2017	Bürgerschaft
	Zuständigkeit
	Vorberatung
	Vorberatung
	Vorberatung
	Entscheidung

**Beschlussvorschlag:**

Der Oberbürgermeister wird beauftragt,

- 1.) die gesamte verfügbare Fläche des Baufelds am Rosengarten zur Planung und Konzeption des neuen Archäologischen Landesmuseums, insbesondere zur möglichen Realisierung eines größeren Museumsneubaus und attraktiven Außenflächen, anzubieten.
- 2.) dafür Sorge zu tragen, dass eine Entscheidung über den Standort des Archäologischen Landesmuseums erst erfolgt, wenn die möglichen Museumskonzepte ausgearbeitet sowie die Aufteilung der zu erwartenden Kosten für Bau und Betrieb zwischen Land und Stadt geklärt wurden.

**Sachverhalt:**

In der Diskussion um einen Standort für das Archäologische Landesmuseum werden gegenwärtig zwei Möglichkeiten diskutiert:

- a) die Sanierung des ehemaligen Schifffahrtsmuseums mit einem kleineren Neubau für Sonderausstellungen auf dem Baufeld am Rosengarten,
- b) ein kompletter Museumsneubau am Stadthafen.

Eine vorliegende Machbarkeitsstudie zur Sanierung und Bebauung an der August-Bebel-Straße orientiert sich dabei an vergleichsweise kleinen Museen. Eine möglicherweise größere Ausstellungsfläche sowie sinnvolle Einbettung in Freiflächen oder den Naturraum sind für ein modernes und attraktives Museum jedoch wünschenswert und in Anbetracht der umfassenden Sammlung und des Besucherpotentials angemessen. Mit den jetzigen

Beschränkungen des Baufeldes und der Fokussierung der Hauptausstellung auf das ehemalige Schifffahrtsmuseum wird dies jedoch erschwert.

Der Standort am Hafen wäre für das Museum sehr attraktiv und würde ein modernes Museumskonzept mit größeren Freiflächen ermöglichen. An dieser Stelle sind jedoch unter anderem die zu erwartenden Baukosten durch die notwendigen Fundamentarbeiten und der Gestaltung des Umfeldes nur schwer abzuschätzen und könnten das gesamte Budget stark belasten, was zu Ungunsten der Ausstellungsgestaltung und des Steuerzahlers gehen könnte.

Es ist daher wünschenswert, eine weitere geeignete Möglichkeit für die Standortsuche zu diskutieren oder freizuhalten, bis alle offenen Fragen der anderen Standorte geklärt sind. Hierfür bietet sich ein größeres Areal auf dem Baufeld am Rosengarten im besonderen Maße an, da es sich um die letzte große innerstädtische Freifläche in städtischer Hand mit sehr guter Verkehrsanbindung handelt.

Eine Konzeption eines größeren Museumsneubaus mit Freiflächen am Baufeld am Rosengarten, die gegebenenfalls mit einer Sanierung des Schifffahrtsmuseums und dortiger Kombination mit einem Stadthistorischen Museums zusammengebracht werden könnte, stellt eine sinnvolle Alternative für den Standort des Archäologischen Landesmuseums dar. Die dadurch erreichte öffentliche Nutzung des zentral gelegenen Areals wäre von hohem Nutzen für alle Rostocker Bürger und Touristen.

Die laufenden Planungen zu Museumsausrichtung und Ausstellungsgestaltung durch die Wissenschaftler der Landesarchäologie und des Lehrstuhls für Ur- und Frühgeschichte müssen abgewartet werden, bevor eine der drei Standortvarianten ausgeschlossen wird:

- a) Hauptausstellung im Schifffahrtsmuseum, kleiner Neubau am Rosengarten
- b) größerer Neubau Stadthafen
- c) größerer Neubau am Rosengarten.

Darüber hinaus ist die abschließende Regelung der Finanzierung von Museums-neubau, Sanierung des Gebäudes August-Bebel-Straße 1 sowie Museumsbetrieb und deren Aufteilung zwischen Land und Stadt abzuwarten, bevor eine Variante ausgeschlossen oder umgesetzt wird.

#### **Finanzielle Auswirkungen:**

keine Auswirkungen

Werner Simowitsch  
Ortsbeiratsvorsitzender Stadtmitte

<b>Antrag</b>	Datum: 12.05.2017
Entscheidendes Gremium: <b>Bürgerschaft</b>	
<b>Vorsitzende der Fraktionen DIE LINKE., CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und Rostocker Bund/Graue/Aufbruch 09</b> <b>Förderung von Elektrobussen in Rostock</b>	
Beratungsfolge:	
Datum	Gremium
01.06.2017	Ausschuss für Stadt- und Regionalentwicklung, Umwelt und Ordnung Vorberatung
01.06.2017	Finanzausschuss
14.06.2017	Bürgerschaft
	Zuständigkeit
	Vorberatung
	Entscheidung

**Beschlussvorschlag:**

Der OB wird beauftragt, gemeinsam mit der RSAG beim Land M-V eine Sonderförderung für den Einstieg in die Elektromobilität mit Bussen einzuwerben. Damit soll der in mehreren Konzepten der Hansestadt Rostock (Elektromobilitätsstrategie, Kommunales Mobilitäts-Management-Konzept; Elektromobilitäts-Strategie) favorisierte Einsatz von Elektrobussen in Warnemünde kurzfristig im Rahmen eines Pilotprojektes gestartet werden.

**Sachverhalt:**

Deutschlandweit, in fast allen Bundesländern und vielen größeren Städten, werden zurzeit batteriebetriebene Elektrobusse im kommunalen ÖPNV zum Einsatz gebracht. Neben den unmittelbaren Wirkungen hinsichtlich der Senkung von Schadstoff- und Lärmemissionen sowie zur CO<sub>2</sub>-Vermeidung ist es entscheidend, dass die kommunalen Verkehrsunternehmen vor Ort eingehende Erfahrungen mit dieser Zukunftstechnologie sammeln können.

Bereits seit mehreren Jahren arbeiten Hansestadt und RSAG in verschiedenen Konzepten gemeinsam an der Einführung der Elektromobilität beim Stadtbus. Dabei wurde unter mehreren Gesichtspunkten (besonders sensibler Stadtbereich, dringend gewünschte Aufwertung des ÖPNV-Angebots, geeignete Verkehrsströme und Linienlängen) die Linie 37 in Warnemünde als Pilotprojekt favorisiert.



Eine kurzfristige Umsetzung des Vorhabens scheitert allein an der Finanzierung. Elektrobusse sind in der Anschaffung zurzeit noch doppelt so teuer wie vergleichbare Dieselsebusse (ca. 550 bis 600 TEUR pro 12-Meter-Standardbus), so dass ihr Einsatz aus rein betriebswirtschaftlicher Sicht nicht zu rechtfertigen ist. Deshalb gibt es in fast allen Bundesländern inzwischen besondere Förderprogramme dafür, auch der Bund gewährt periodisch eine Anteilsfinanzierung, die allein aber nicht ausreichend ist. Für den geplanten Einsatz von 2 Elektrobussen im Rahmen des Pilotprojekts würden bei einer anzustrebenden 50%-Förderung also etwa 600 TEUR Fördermittel benötigt.“

gez. Eva-Maria Kröger  
Fraktion DIE LINKE

gez. Daniel Peters  
CDU-Fraktion

gez. Uwe Flachsmeyer  
Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

gez. Dr. Sybille Bachmann  
Fraktion Rostocker Bund/Graue/Aufbruch 09

<b>Antrag</b>	Datum: 19.05.2017
Entscheidendes Gremium: <b>Bürgerschaft</b>	
<b>Daniel Peters (für die CDU-Fraktion)</b> <b>Bewerbung der Hansestadt Rostock um die Ausrichtung der BUGA 2025</b>	
Beratungsfolge:	
Datum	Gremium
	Zuständigkeit
31.05.2017	Ausschuss für Wirtschaft und Tourismus
01.06.2017	Ausschuss für Stadt- und Regionalentwicklung, Umwelt und Ordnung
	Vorberatung
14.06.2017	Bürgerschaft
	Entscheidung

**Beschlussvorschlag:**

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, zur Sitzung der Bürgerschaft im September 2017 eine erste Prüfung zur Realisierung einer Bewerbung der Bundesgartenschau 2025 unter Einbeziehung des Rostocker Stadthafens vorzustellen. Die Prüfung soll räumliche, finanzielle und stadtplanerische Aspekte beinhalten.

**Sachverhalt:**

Die Landesregierung Mecklenburg-Vorpommerns hat der Landeshauptstadt Schwerin bei ihren Plänen zu einer erneuten Bewerbung zur Ausrichtung der Bundesgartenschau die Unterstützung verwehrt. Als wesentlicher Grund wird die prekäre Haushaltslage Schwerins genannt. Dennoch gilt die Bundesgartenschau 2009 in Schwerin als finanzieller Erfolg, der sich nachhaltig positiv auf die Stadtentwicklung ausgewirkt hat.

Die internationale Zusammenkunft von Stadtplanern am 17. Mai 2017 in unserer Hansestadt hat auf die unerschlossenen Potentiale des Rostocker Stadthafens hingewiesen und Chancen aufgezeigt, die Entwicklung des Stadthafens als kulturellen, grünen und maritimen Kern zu forcieren. Dabei sind Ideen aus der Bürgerschaft, Ortsbeiräten ebenso enthalten wie neue Vorschläge der Experten.

Eine Bundesgartenschau mit dem Schwerpunkt „grüner Stadtentwicklung“ birgt Chancen, die stadtplanerischen Ideen in einem ganzheitlichen Konzept zu bündeln und externer Expertise und Fördermittel zu generieren. Eine erste Prüfung unter Berücksichtigung räumlicher, finanzieller und stadtplanerischer Aspekte soll dazu beitragen, Chancen und Risiken einer Bewerbung bzw. Ausrichtung der Bundesgartenschau zu beleuchten, um eine zeitnahe Entscheidung der Rostocker Bürgerschaft zu ermöglichen.

gez.  
Daniel Peters  
Fraktionsvorsitzender

